

Juristentagung

des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, e. V.

Am Sonnabend, dem 18. und Sonntag, dem 19. Juni d. J., veranstaltete der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens eine von annähernd 400 jüdischen Juristen aus Berlin und aus dem Reich besuchte Tagung, die sich mit den Fragen der deutschen Justiz, soweit sie Juden und Judentum betreffen, in eingehender Beratung beschäftigte.

In seiner Eröffnungsrede betonte der Vorsitzende, Justizrat Dr. Brodnitz, daß der Zweck der Zusammenkunft nicht eine von politischen Tagesgesichtspunkten veranlaßte Demonstration unter dem Zeichen irgendeines Schlagwortes sein, sondern daß das Material des Vereins in ernster Arbeit geprüft und zur Förderung der deutschen Rechtspflege ausgewertet werden solle. Selbstverständlich bedeute die Tagung keine Absonderung der jüdischen Juristen von ihren nichtjüdischen Kollegen.

Landgerichtsrat Dr. Jacques Stern-Berlin zeichnete in leidenschaftlicher und geistig durchdringender Weise das Bild der „völkischen Rechts- und Staatsphilosophie“ unter besonderer Würdigung ihrer führenden Köpfe. Er kam zu dem Ergebnis, eine völkische Weltanschauung als Grundlage von Recht und Staat mit dem Ziele der Entrechtung der deutschen Juden sei weder philosophisch noch geschichtlich zu begründen. Ihre Durchführung würde Deutschland um Jahrhunderte zurück, isoliere es im Kreise der übrigen Nationen und mache so seinen Wiederaufstieg für alle Zeiten unmöglich.

Justizrat Dr. Siegfried Löwenstein-Berlin beleuchtete den „Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches“ und wies auf die Notwendigkeit hin, gewisse Bestimmungen, wie z. B. „Anreizung zum Klassenkampf“, so zu formulieren, wie die Gesamtinteressen des deutschen Volkes und damit auch der jüdischen Deutschen es auf Grund unserer Erfahrungen verlangen.

Rechtsanwalt Dr. Erich Eyck-Berlin beleuchtete in seinem Referat „Die Stellung der Rechtspflege zu Juden und Judentum“ anhand einer sehr großen Zahl von Einzelfällen, die einer eindringenden juristischen Würdigung unterzogen wurden. Er lehnte jede unzulässige Verallgemeinerung bewußt ab, suchte aber die Gründe zu ermitteln, die zu den festgestellten Fehlgriffen geführt haben. Der Vortrag gipfelte in der Forderung unparteiischer Gerechtigkeit, nicht nur um der deutschen Juden, sondern um des gesamten großen deutschen Vaterlandes willen.

Rechtsanwalt Dr. Bruno Weil-Berlin schilderte in glanzvoller Rede auf breiter geschichtlicher Grundlage Wesen und Bedeutung des „Politischen Prozesses“. Er wies darauf hin, daß dieser mehr und mehr nach der Revolution auch in Deutschland ein Faktor des politischen Lebens geworden sei. Diese Tatsache erfordere die Heranbildung von Verteidigern, die die besonderen Erfordernisse des politischen Prozesses zu meistern verstünden. Wer in politischen Prozessen tätig sei, in denen es sich um deutsche und jüdische Fragen handele, müsse sich bewußt bleiben, daß sittliche Eigenschaften, geistige Gaben und Pflichterfüllung, nicht zum mindesten aber vaterländisches Empfinden dem deutschen Juden das Recht und die Pflicht geben, ihre tatsächliche und rechtliche Gleichstellung mit allen nichtjüdischen Deutschen zu erkämpfen.

Eine vielstündige Aussprache, an der Juristen aus allen Teilen des Reiches, darunter auch Universitätsprofessoren und zahlreiche Richter, teilnahmen, brachte eine Fülle neuen Materials zu den behandelten Fragen.

Justizrat Brodnitz konnte in seinem Schlußwort darauf hinweisen, daß die Tagung, wie erwartet, nicht dem spezifisch-jüdischen Interesse, sondern dem großen Rechtsinteresse unseres gesamten Vaterlandes gedient habe.

Zur Wendung in Rumänien

Bukarest. Durch ein Machtwort des Königs mußte das Kabinett Averescu, welches versucht hatte, gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung das Ruder zu behalten, zurücktreten. Das neue Kabinett bildete Prinz Stirbey.

Über die Persönlichkeit des neuen Premiers erzählt der JTA-Vertreter: Prinz Stirbey hielt sich von je dem antisemitischen Lager fern, er zählt jüdische Persönlichkeiten zu seinen engen Freunden und unterhält auch enge geschäftliche Beziehungen mit Juden. In seinen eigenen industriellen Betrieben beschäftigt er zahlreiche jüdische Beamte.

Der Führer der demokratischen Bauernschaft, Dr. Lupu, verwalte die Portefeuilles für Gesundheitswesen und soziale Fürsorge und provisorisch auch das Portefeuille für Unterricht. Dr. Lupu hat sich wiederholt in schärfster Form gegen Cuza und den Cuzismus ausgesprochen und hat für die volle Gleichberechtigung der Juden plädiert.

Dem gestürzten Kabinett Averescu schickt das unparteiische, in deutscher Sprache erscheinende „Czernowitz Morgenblatt“ die folgenden Worte nach: „Dem Sturze der Regierung Averescu wird man nicht das geringste Gefühl des Bedauerns zuteil werden lassen. Das ist eine im ganzen Lande einheitlich herrschende Meinung. . . . Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß der Innenminister Goga die ganze Innenpolitik zu einem nationalen Tummelplatz gestaltete und eine ruhige Konsolidierungsarbeit nicht aufkommen ließ. Dieser Politik ist es in kaum anderthalb Jahren gelungen, einen künstlichen Haß unter den Nationen zu entwickeln, den Cuzismus zu den brutalsten Exzessen zu antizipieren und einen Teil der studierenden Jugend zu verwirren“.

Kleines Feuilleton

Wie Schalom Asch Bodenspekulant werden sollte. Schalom Asch, der in Palästina eine außerordentlich freundliche Aufnahme fand, war, wie er erzählte, jetzt zum drittenmal in Palästina. Das erstmal 1907, das zweitemal während des Weltkrieges. Bei seinem ersten Besuch in Palästina war von Tel Awiw, der größten jüdischen Stadt, noch keine Spur vorhanden. In einem der vielen Sandhügel, die damals noch auf dem heutigen Gebiet von Tel Awiw zu finden waren, war ein Pflock eingegraben, den die Juden damals Tel Awiw nannten. Als er das zweitemal nach Tel Awiw kam, standen wohl schon einige Häuser, aber der Weg zum Meere war noch immer wegen der großen Sandmassen ungangbar. Damals, vor 13 Jahren, erzählt der Dichter, trat ein Jude auf ihn zu und sagte: „Hören Sie, Herr Asch, Sie sind doch ein jüdischer Schreiber. Was taugt Ihnen das? Ich werde Ihnen einen besseren Erwerb geben. Dieses große Stück Boden, das Sie hier sehen, ist für 200 Dollar zu kaufen. Geben Sie 100 Dollar bar dazu und die anderen 100 werden wir uns irgendwo borgen. Das wird Ihnen viel mehr tragen als Ihre Schriftstellerei.“ Asch be-

trachtete den Juden wie einen Wahnsinnigen. „Und heute“, schloß er seine Reminiszenz, „gehe ich auf dem großen schön gepflasterten Platz beim Meer spazieren und bewundere die Dutzende schöner Häuser und das herrliche Kasino.“ So hat Schalom Asch die Gelegenheit verpaßt, ein erfolgreicher Bodenspekulant zu werden.

Jahrestagung der Jüdischen Akademie für Kunst und Wissenschaft in Amerika. In Neuyork wurde soeben die Jahresversammlung der Jüdischen Akademie für Kunst und Wissenschaft Amerikas abgehalten. Der Kanzler der Neuyorker Universität, Dr. Elmer E. Brown, erklärte in der Eröffnungsansprache, die Juden leisten unermeßliche Beiträge für Kunst und Wissenschaft in der ganzen Welt, und auch die Jüdische Akademie stehe nicht allein jüdischen, sondern auch nichtjüdischen Schülern offen. Auf der Tagung wurden Vorträge über folgende Themen gehalten: Anfänge der Geometrie im Hebräischen (Mischnatha-Middoth von Dr. Solomon Gandz); Dr. Bernard Drachman: Entwicklungsmethoden des Neu-Hebräischen; Dr. Bernard Revel: Philonian Halakah; Dr. Pincus Churgin: Die historische Basis des Buches Judith;

Prof. Isaac Husik: Joseph Albo — Verfasser der Ikkarim; Dr. Klotz: Exegese von Luzzatto; Rabb. I. Goodman: Responsa des Rabbi David Ibn Zirna.

Preußens jüdische Bevölkerung

Berlin. In der „CV-Zeitung“ (Nr. 24) gibt Dr. Julius Rotholz einen Kommentar zu den amtlichen Ergebnissen der Volkszählung vom 16. Juni 1925. Er schreibt u. a.:

Vor dem Kriege belief sich die Einwohnerzahl der Juden in dem nach dem Kriege verkleinerten Preußen auf 366 876 Seelen, im Jahre 1925 sind sie auf 403 969 gestiegen, und ihr prozentualer Anteil ist von 1,05 auf 1,06 v. H. heraufgegangen, aber hierbei muß, will man einen Vergleich mit der letzten Volkszählung anstellen, beachtet werden, daß die Volkszählungsergebnisse vom 1. Dezember 1910 auf den gegenwärtigen Gebietszustand umgerechnet worden sind. In den abgetretenen Provinzen Preußens, die bei den vorhergehenden Vergleichszahlen nicht berücksichtigt sind, wohnten aber rund 46 000 Juden. Da sich aber bekanntlich die meisten Juden aus den abgetretenen Provinzen im alten Heimatsland selbsthaft machten, so ergibt sich schon aus diesen Abwanderungszahlen der Grund für das Anwachsen der jüdischen Bevölkerung Preußens. Absolut haben die Juden in dem jetzigen Gebiet Preußens gegen 1910 um rund 37 000 zugenommen, stellt man dem gegenüber, daß in den abgetretenen Gebieten Preußens 46 000 Juden wohnten, die ihre alten Wohnsitze zum größten Teile aufgegeben und nach den verbliebenen Provinzen Preußens verlegt haben, so kann man tatsächlich nicht von einem Wachstum, sondern eher von einer Abnahme der jüdischen Bevölkerung Preußens sprechen. Die Behauptung, daß die Zunahme der Einwanderung zahlreicher Juden aus Polen und Rußland zuzuschreiben sei, ist bisher zahlenmäßig gar nicht bewiesen. Die Abnahme der Juden in Preußen entspricht den in den anderen deutschen Ländern gemachten Beobachtungen.

Fast die Hälfte aller preußischen Juden wohnt in Berlin, ihr Anteil an der gesamten Berliner Bevölkerung ist von 1910 bis 1925 von 3,86 auf 4,29 Prozent gestiegen, bleibt aber weit gegen die im „Statistischen Taschenbuch der Stadt Berlin von 1926“ geschätzte Zahl von 250 000 zurück. Tatsächlich wurden im Jahre 1925 rund 172 000 Juden gezählt; wie man auf die Zahl von 250 000 Gemeindegliedern für das Jahr 1924 gekommen ist, das aufzuklären bleibt der Jüdischen Gemeinde Berlin vorbehalten.

Während von der Gesamtbevölkerung Deutschlands ungefähr ein Drittel in den 29 Großstädten wohnt, sind bei der jüdischen Bevölkerung fast drei Viertel Großstädter.

Wiener Statistik. In der Zeit vom 1. Januar bis 30. Mai 1927 sind beim Matrikelamt der Israelitischen Kultusgemeinde Wien 549 Geburtsanzeigen erstattet worden, hiervon 291 männliche und 258 weibliche. In dem gleichen Zeitraum sind 1092 Sterbefälle zur Eintragung gelangt, hiervon 1036 Erwachsene und 56 Kinder. Austritte aus dem Judentum kamen 371, Eintritte in die isr. Religionsgesellschaft 109 vor. 367 Trauungen fanden statt, 151 Ehescheidungen wurden durchgeführt.

Annahme eines den Juden günstigen Bürgerrechtsgesetzes durch den Lettländischen Landtag. Riga. Der Lettländische Sejm hat die Aenderungen zu dem bereits bestehenden Bürgerrechtsgesetz, die von den jüdischen Abgeordneten gefordert wurden, endgültig angenommen. Diese Bestimmungen besagen, daß alle jene Personen, die am 1. August 1914 bereits ein volles Jahr auf lett-ländischem Territorium gewohnt hatten und seit 1. Januar 1925 wieder in Lettland wohnen, lett-ländische Bürger werden können. Somit erhalten die sehr zahlreichen jüdischen Familien Lettlands, die zu Beginn des Krieges von der zarischen Armee ins Innere Rußlands verschleppt wurden, die lett-ländischen Bürgerrechte. Das reaktionäre Sejm-Zentrum hat nach Annahme der neuen Verordnung kundgetan, daß es die Initiative zur Veranstellung einer Volksabstimmung gegen das Inkrafttreten der neuen Bürgerrechtsverordnung ergreifen werde.

Privat-Krankenversicherung

mit Sterbegeld u. Gewinnbeteiligung. Zur Zeit gelangen zur Auszahlung für Dividende von 1926 volle 80%.

Nordstr. 1
Tel. 27 324

„Gedevag“
Gemeinnützige Deutsche
Vers.-Akt.-Gesellschaft